

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: K. Sebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

# Der Volksstaat

**Abonnementpreis**  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.  
Agent für London A. Ducuing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.  
Filialexpedition für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 107, Hoboken N. J. via Newy.

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

### Abonnementseinladung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir noch immer Abonnements auf das ganze laufende Quartal annehmen und sammtliche seit 1. Januar erschienenen Nummern nachliefern. Außerdem nehmen wir für Leipzig und Umgegend, sowie in unsern Filialexpeditionen Abonnements für die Monate Februar und März zu dem Preise von 8 Gr. an und liefern bei solchen Bestellungen ebenfalls die seit 1. Februar erschienenen Nummern nach.

### Die Expedition.

### Wahl-Angelegenheiten.

#### 10. Säch. Wahlbezirk.

Adressen für Wahlangelegenheiten des 10. Wahlbezirks: Robert Raabe und Moritz Keller in Siebenlehn.

#### 12. Säch. Wahlbezirk.

Leipzig, 13. Februar. Zur Beförderung der Wahl Sebel hat sich hier eine „freie Vereinigung unabhängiger Wähler“ gebildet, an deren Spitze Advocat Otto Freitag hieselbst steht.

#### 16. Säch. Wahlbezirk.

Alle Briefe und Sendungen für Chemnitz sind zu adressiren: Ernst Krosch, Brühl 22. 3 Treppen. Chemnitz.

#### 19. Säch. Wahlbezirk.

Der Gegner unseres Kandidaten Liebknecht im 19. Bezirk ist der Advokat Winkwig aus Dresden, der persönlich ein ehrenwerther Mann sein soll, dessen Bedeutung als Politiker und als Redner aber vollständig Null ist. Er stand schon im ersten Wahlkampfe Liebknecht gegenüber, und siegte bei der Stichwahl gegen Lippe durch den starken Einfluß, den Liebknecht zu seinen Gunsten geltend machte. Heute ist Winkwig mit seinen damaligen Gegnern, den „Biederleuten“, gegen Liebknecht verbündet. Es gilt von ihm das Sprichwort: „Ein guter Mensch, aber ein schlechter Musikant.“ Dagegen hat er im Bezirk eine zahlreiche Gewerkschaft und Landschaft.

Die Blätter veröffentlichen einen Briefwechsel zwischen Herrn Winkwig und Dr. Walster, dem Schwager seines Bruders, in welchem Walster, als Freund Liebknechts, Herrn Winkwig bittet, nicht persönlich im Wahlbezirk als Gegner des Gewählten aufzutreten, damit er (Walster) nicht genöthigt sei, im 19. Wahlbezirk für Liebknecht und gegen Winkwig persönlich zu agitiren. Winkwig antwortete, daß er dies nicht beabsichtige, und fügte einige Schmähsungen gegen unsere Partei und unseren Vertreter hinzu. Walster antwortete nun wiederum seinem Schwager, indem er sich bedankt.

Wir glauben betonen zu müssen, daß dieses Vorgehen ein reiner Privatakt Walsters war, der der Partei in keiner Weise zugeeignet werden kann. Andere Parteigenossen z. B. sind der Meinung, daß das persönliche Auftreten des Gewählten Liebknechts nur förderlich sein könnte. Speziell bedauern wir, daß Herr Winkwig aus Walsters Brief eine persönliche Bedrohung, für den Fall seines Auftretens im 19. Bezirk, entnehmen zu dürfen glauben konnte. Es lag eine solche Drohung gewiß ebensowenig in der Absicht Walsters, als sie den ehrenhaften und demokratischen Gesinnungen und Gewohnheiten der Wähler des 19. Wahlbezirks entspräche.

### Wahlbezirk Augsburg.

Augsburg 6. Febr. Auf Vorschlag des sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlkomitees haben die am 4. Februar zu Augsburg und am 5. Februar zu Oberhausen stattgefundenen Volksversammlungen beschlossen, den Bürger Jakob Franz, Schriftsetzer und Redakteur des Arbeiterblattes: „Proletarier“, als Reichstags-Kandidaten für den hiesigen Wahlbezirk aufzustellen, nachdem derselbe in diesen und zwei vorhergehenden, politisch aufgelösten Volksversammlungen seine politischen und sozialen Ansichten ausführlich und freimüthig dargelegt hatte. Das Komitee fordert alle Wähler dieses Wahlbezirks auf, sich durch Besuch der weiteren Volksversammlungen, in denen Bürger Franz Jedermann stehen wird, ein selbständiges Urtheil über dessen Ansichten und Vertrauenswürdigkeit zu bilden, und von jedem anderen Kandidaten zu verlangen, daß er ebenfalls vor der Öffentlichkeit seinen Standpunkt als Volksvertreter kundgibt, sofern er auf diesen Namen Anspruch machen will.

### Politische Uebersicht.

Die frohe Botschaft aus Wien von der Freilassung unserer österreichischen Inhaftirten hat selbstverständlich in ganz Deutschland, besonders aber unter den Arbeitern des von „Deutschen Staatsmännern“ an das Ausland veratheten Bruderkammes, große Freude hervorgerufen. Das Wiener Parteiorgan „Volkswille“ schreibt: „Nach langer, trüber Zeit endlich einmal ein sonniger Tag! „Unsere braven Parteigenossen, welche monatelang als

so genannte politische Verbrecher im Kerker schmachteten, sind uns wiedergegeben, sind frei.

„Sie sind zwar nicht durch einen nochmaligen Richter-spruch, wie es im Interesse des Staates gewünscht wurde, sondern durch einen „Gnadenakt“ der Freiheit wieder theilhaftig geworden; allein gewiß wird Niemand, — er darf von der Gnade halten, was er will, verkennen, daß es hier im Interesse der sozialdemokratischen Partei lag, mit Hintansetzung aller Bedenken rasch das Gebotene zu ergreifen.

„Wir fragen nicht nach dem „Wie“, sondern freuen uns über die Thatsache und blicken zuversichtlicher in die Zukunft. Der Kampf für unsere Prinzipien wird wieder gewaltiger entbrennen, wenn so viele kräftige Kämpfer neugekürt in die Reihen treten, denen sie seinerzeit entrisen wurden.“

Uns hier „im Reich“ der frommen Sitte ist die Freigebung ein gutes Vorzeichen für die baldige Freierwerbun- g unserer Freunde in Leipzig und Branaußweig!

Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses in verfloßener Woche sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerth. Die in Nordschleswig wiedergewählten Abgeordneten Ahlmann und Krüger weigerten sich, wie schon mehrmals früher, den preussischen Unterthaneneid zu leisten, weil ihnen und ihren Wählern durch den Prager Frieden die dänische Nationalität garantiert sei. Das Abgeordnetenhauß (einschließlich der Fortschrittspartei) beschloß wie früher, das Mandat der Eidverweigerer für ungültig zu erklären. Man machte für diesen Beschluß namentlich fortschrittlicherseits folgenden Grund geltend: Entweder sind die Eidverweigerer und ihre Wähler wie sie behaupten, Dänen, dann gehören sie nicht in den preussischen Landtag. Oder aber sie sind Preußen, dann müssen sie den Eid leisten. Das ist aber Sophistik, und man hat durch die Ausstufung nur bewiesen, daß man die Nordschleswiger nicht zu Deutschen machen kann, aber auch nicht Dänen bleiben lassen will, daß man also den Prager Frieden auch nach dieser Seite hin verlegt und dadurch die Keime eines neuen Krieges in den Boden des deutschen Kaiserthums steckt.

Weiter bezeichnend sind die Verhandlungen der preuss. Abgeordneten über das Gesetz, betreffs des Unterstufungs- wohnhauses — ein Ausführungs-gesetz zu dem für den Nord- bund in Kraft getretenen Prinzip der Freizügigkeit. Der § 1. der Vorlage lautet:

„Jedem hilfsbedürftigen Deutschen ist von dem zu seiner Unter- stützung verpflichteten Armenverbande Obdach, der menschliche Lebens- unterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Falle seines Ablebens ein angemessenes Begräbniß zu gewähren.

„Die Unterstufung kann geeigneten Falles, so lange dieselbe in Anspruch genommen wird, mittelst Unterbringung in ein em Armen- oder Krankenhause, sowie mittelst Anweisung der den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeiten gewährt werden, u. s. w.

Rasse und Genossen beantragten an Stelle des zweiten Satzes folgende Worte einzufügen:

„Der Hilfsbedürftige hat sich für die Dauer der Unterstufung in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen der Aufsicht und Leitung der die öffentliche Armenpflege verwaltenden Behörde zu unterwerfen. Derselbe kann die Unterstufung an die Bedingung einer den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeitsleistung sowie an den Eintritt in ein Arbeits-, Armen- oder Krankenhauß knüpfen.“

Herr Rasse motivirte diesen Antrag folgendermaßen:

„Wenn ich der Behörde im zweiten Theile meines Antrages die Befugniß zuerkennen will, die Unterstufung von dem Eintritt in ein Arbeitshaus abhängig zu machen, so geschieht es, weil ich die Arbeits- häuser als ein Hauptmittel zur Verhütung der großen Gefahren an- sehe, welche mit der gesetzlichen Verpflichtung zur Unterstufung aller Hilfsbedürftigen verknüpft sind. Sie sind ein Prüfungsmittel für wirk- liche Noth; ein Zufluchtsort für zweifelhafte Armen. Es ist gut, daß dem Armen, der die öffentliche Unterstufung in Anspruch nimmt, gesagt wird: Du trittst damit in ein Abhängigkeitsverhältnis! Nur so können wir die Einflüsterungen jener Parteien ent- kräften, welche an der Entfremdung der bestehenden und beschloßen Klassen ein Interesse haben und den letzteren sagen werden: Ihr braucht nicht zu arbeiten und zu sparen; ihr habt Anspruch auf öffentliche Unterstufung.“

Herr Becker (Dortmund) beruhigte seinen Kollegen durch das Bemerken, daß dessen humaner Vorschlag ja schon völlig in der Vorlage enthalten und bloß nicht so plump heraus- gesagt sei: Rasse sah dies ein und zog seinen Antrag zurück, worauf die Regierungsvorlage angenommen wurde.

Schöppan und Wiesenburg, der Stoc und die „schwarze Suppe“ im Haus des Schreckens, — das ist die deutsche „Freizügigkeit“, die haben wir schon lange, und dazu be- durfte es weder des Brudermordes von 1866, noch des Kaiser- kriegs von 1870.

Aus Versailles wird der „Allg. Zig.“ Folgendes über das Programm der äußersten Linken berichtet:

„In Lyon stehen die schroffen Gegensätze gegenüber: eine Partei der Nothen und eine legitimistische (kaiserliche) Partei. Die Nothen haben sich organisiert auf Grund eines Programms, welches ihre Gesinnungsgenossen vor etwa drei Wochen haben ausgeben lassen. Da die Proklamationen, welche die Pariser Revolutionäre veröffentlicht, einschließlich des letzten Aufrührplakats, das zur Verhaftung einiger Führer Anlaß gab, sich nur auf die speziellen Pariser Zustände bezogen, so hat jenes Programm eine nicht geringe Wichtigkeit, weil es sich zum ersten Mal über die gesammten politischen Prinzipien der sozialen Partei verbreitet. Ein Bund, der sich die „re- publikanische Vereinigung (l'alliance republicaine)“ nennt, ist von 49 Mitgliedern der extremen Partei gestiftet worden. Unter den ersten Unterzeichnern findet man Ledru-

Rollin, Delescluze, Lefèvre-Roncier, mehrere Schriftsteller und Advokaten, einige Kaufleute und Fabrikanten. Der Bund hat den Zweck, die Nationalverteidigung zu befehlen, und, nach der Vertreibung der Fremden, die eine und untheilbare Repu- blik zu begründen. Der Bund befaßt sich die Vereinigung mit anderen gleichdenkenden republikanischen Gesellschaften vor, und erläßt an die Departements die Aufforderung, durch Klubs mit ihm in Korrespondenz zu treten. Als Grundlage ihrer Verfassung wird von der republikanischen Vereinigung die alte Formel der Voreltern, Freiheit, Gleichheit, Brüderlich- keit, angenommen. Die untheilbare Republik baut sich auf dem allgemeinen Stimmrecht auf. Die Nationalversammlung bestimmt über die Exekutivmacht, wählt dieselbe, und hat das Recht, sie zu verändern. Die Municipal-(Gemeinde)- räte gehen ebenfalls aus dem allgemeinen Wahlrecht her- vor, und haben allein die Befugniß, die Maiores so wie deren Beigeordnete zu ernennen oder abzusetzen. In derselben Weise gestalten sich die kleineren Kommunen. Alle Verwaltungskör- perschaften berathen in öffentlicher Sitzung. Das Grund- element der Rechtspflege bilden die Schwurgerichte; das Prozeßverfahren ist wesentlich in allen seinen Theilen. Die richterlichen Beamten werden gewählt, und ihre Amts- dauer wird durch ein Gesetz vorgezeichnet. Sämmtliche Beamte sind verantwortlich; sie können von jedem Bürger vor den gewöhnlichen Gerichten wegen Amtsübertretung zur Rechenschaft gezogen werden. Die Kirche ist vom Staate ge- trennt, alle Auflagen zur Erhaltung der Kirchen und zur Be- feldung der Geistlichen, sie mögen departementaler oder kom- munalen Natur sein, sind abgeschafft. Die religiösen Körpers- chaften sind aufgehoben. Der Unterricht ist weltlich und liegt dem Staate ob. Der Elementarunterricht wird unentgelt- lich ertheilt und für obligatorisch (zwangweise für Alle) erklärt. Der höhere Unterricht ist ebenfalls unentgeltlich, aber fakultativ (freiwillig). Die Freiheit der Presse ist un- beschränkt, an kein fiskalisches Gesetz gebunden. Das Ver- sammlungs- und Vereinigungsrecht gilt ohne Beschränkung; es ist das einzige Mittel, welches der Minderheit die Möglich- keit verschafft, ihre Ansichten zu entwickeln. Die stehenden Heere werden aufgelöst; es giebt nur eine National-Miliz, und diese besteht aus allen wehrfähigen Bürgern. Die mili- tärischen Grade, bis zum Bataillonschef hinaus werden durch Wahl ertheilt. Das Budget unterliegt einer erheblichen Ver- minderung. Alle Steuern werden allmählich in eine einzige umgewandelt. Konsumsteuern und Arbeitssteuern, alle Steuern, welche die Produktion hemmen, werden sofort abgeschafft. Die Monopole und Privilegien fallen weg, ebenso die Adelsmittel. Die Staatsschulden müssen allmählich getilgt, sie dürfen durch keine neue Anleihe vergrößert werden. Man muß sofort auf den sozialen und ökonomischen Gebieten, sowie in der Kreditgesetzgebung zu Reformen schreiten, die dem Ar- beiter den vollen Gewinn seiner Arbeit sichern. Endlich der letzte Artikel: „Jeder Eroberungskrieg wird verworfen, jedoch ohne daß es jemals erlaubt sein soll, mit dem Feind in Unterhandlung zu treten, so lang er den geheilig- ten Boden des Vaterlandes mit Füßen tritt.“

Das sind die Grundzüge der Republik, die sie allenthalben durchsetzen müssen, der Republik in dem weiten und brüder- lichen Sinne „der Vereinigten Staaten von Europa“ (Etats- Unis d'Europe). Vielfach hat man im Süden diesen Aufruf mit Freuden begrüßt. „Das ist die Koalition unter den Re- publikanern“ — sagt „Le Progrès“ das Blatt der republi- kanischen Ultras in Lyon. „Konzentration, das ist die preu- sische Taktik, und das ist die rechte. Hätten sie nur unsere Generale häufiger in der Praxis angewandt.“ In allen Städten und Dörfern müßten diese Grundsätze verbreitet werden, dann sei über den Ausfall der künftigen Wahlen kein Zweifel. In Toulouse hat bereits ein Kongreß der republikanischen Presse stattgefunden, der sich entschlossen hat, für die Artikel des Bun- des von Paris Propaganda zu machen. Man wird sich also auf ein kräftiges Hervortreten dieser Partei gefaßt machen können.“

Die Wahlen im Elsaß und Lothringen hat in letzter Stunde die kaiserliche deutsche Regierung gestattet, vermutlich im Glauben, eine eifrige Wahlagitator der kaiserlich deutschen Präfecten werde, statt republikanischer, deutsch-kaiserliche „Volks- vertreter“ aus der Wahlurne hervorgehen machen. An Beein- flussung der Wahlen in diesem Sinne hat es nicht gefehlt. Zwischen der Wahlverfügung und der Wahl selbst lagen nur wenige Tage, die eine Verständigung der republikanischen Wähler ungemein erschwerte. Wahlversammlungen waren nicht gestattet; ebensowenig das Anschlagens von Plakaten. An- dererseits verbreiteten die von Preußen eingesetzten oder gebildeten (kaiserlich und pfäffischen) Municipalbeamten Millionen von Wahlzetteln mit kaiserlichen Namen. Und trotz Alledem: was war das Ergebnis der Wahl? Lauter Männer wurden gewählt, die da wollen, daß Elsaß und Lothringen bei der fran- zösischen Republik verbleiben, darunter Gambetta! Wenn das unter den Augen der deutschen Heerführer geschieht, was werden Elsaß und Lothringen für Deutschland sein, wenn man sie sich selbst überlassen muß, oder gar, wenn man sie braucht? Ein deutsches Irland, ein zweites Polen! Und dazu der Krieg von Sedan bis heute!



da man sah, daß die höchsten Klassen in den Kriegsdienst ohne Unterschied ihre höchste Ehre setzten und Geisliche jedes Bekenntnisses sich zu Feldpredigern geworbener Regimenter hergaben. Man beachte dabei nur nicht, daß am Adel, seines Ursprungs wegen, solche Anschauungen nicht befremden können, daß aber eine Klasse der Gesellschaft, die aus Arbeit und demzufolge Gerechtigkeit, steht, sich von solchen Anschauungen fernhalten sollte.

Man muß aber in London gesehen haben, wie Jüge frisch angekommener Rekruten vor den Richter geführt werden, um dort den Eid abzulegen, um den Unterschied zwischen dem freiwilligen Kriegsdienst der Höheren und jenem der unteren Klassen wahrzunehmen. Bei uns sind es wohlhabende Jünglinge, die freiwillig den Feldrock anziehen, von sie aus den Büchern ihrer Eltern mitbringen, in England sind es fast ohne Ausnahme ausgehungerte Menschen, die kaum ihre Blöße bedecken können. Da schleichen denn die buntbunten Bedeckten über, als wären sie Hochzeitbitter, besonders um die Horse-Guards herum, um verweilte Menschen abzufangen. Da wird denn ein solcher Unglücklicher in der nächsten besten Schenke mit Gin (Branntwein) bewirthet, und sobald der erschöpfte Mensch dessen mehr hat, als er vertragen kann, wird ihm der sogenannte Königs- (jetzt Königin-) Schilling in die Hand gedrückt und der arme Mann ist gefangen, ob er davon weiß oder nicht; der Werber dagegen erhält seinen Seelenverkaufserlös von 1 Pfund Sterling (6 Lhr. 20 Gr.).

Das wissen wir, allein wir könnten nicht zugeben, daß es dadurch besser geworden. Um dies anständig zu machen, will ich noch etwas aus England erzählen. Die Mannschaft für die englische Kriegsflotte wurde früher nicht durch Werbung, sondern durch die sogenannte Matrosenpresse ausgedrückt, d. h. in den Hafenplätzen wurden soviel Matrosen der Handelsflotte, als man ihrer gerade bedurfte, kurzweg zusammengefangen und ungefragt um ihre Einwilligung auf die Kriegsflotte gebracht.

„Das war eine barbarische Sitte“, wird es heißen. Das hat man auch in England gefühlt. Wegen dieses allgemeinen Gefühls konnte die Regierung die Matrosenpresse nicht mehr aufrecht erhalten; die Werbung wurde auch für die Flotte eingeführt. Die schottische Konstriktion war von der englischen Matrosenpresse in keinem Betrachte wesentlich verschieden: der einzige Unterschied ist, daß man bei uns in dieser Weise nicht abgefangen wird, sondern selbst sich stellen muß, sogar auf eigene Kosten.

Einige Jüge aus der Geschichte der Konstriktion werden zeigen, daß wir damit aus dem Regen unter die Traufe gekommen sind.

### Literarisches.

Das soziale Defizit von Berlin in seinem Hauptbestandtheil. Von Dr. E. E. Huppé, Mitglied des Königl. Statistischen Seminars.

Daß die Frage der Prostitution zu einer brennenden geworden, beweisen die im Laufe der letzten Jahre erschienenen Schriften, die sich mit ihren Ausführungen und Vorschlägen zur Abhilfe an das große Publikum wenden. Während eine ganze Fachliteratur über die Prostitution besteht, stand eine Diskussion über sie in der Öffentlichkeit aus leicht erklärlichen Gründen nur sehr vereinzelt statt. Unterdessen haben sich die beregten Zustände aber derartig weiter entwickelt, daß jene Rücksichten nicht mehr Platz greifen.

Zu den Schriften nun, die die Diskussion über diese Frage in weitere Kreise tragen, gehört auch die des Dr. Huppé, welche unter ihrem verhängenden Titel sich ausschließlich mit der Prostitution beschäftigt, und zwar nimmt sie von den zu unserer Kenntniß gekommenen die hervorragendste Stelle ein. Sie benutzt zum ersten Male in wissenschaftlicher Weise das in den Akten der Berliner Polizei niedergelegte Material, und verdient in seiner Gruppierung und Anwendung um so höhere Anerkennung, als dasselbe nur dürftig und nach wenig wissenschaftlichen Gesichtspunkten gesammelt worden ist. Nach dieser, der statistischen Seite, giebt die Schrift zuverlässige und um so überraschendere, weil auf Zahlen, und zwar mit großer Vorsicht gegründete Aufschlüsse. In Einem indes möchten wir mit dem Verfasser auch bei diesem Punkte rechten.

Er bemüht sich, den Angaben über die Zahl der Prostitutionsverdächtigen Berlins in der bekannten Schrift des „Central-Ausschusses für die innere Mission“, welche den Berichten der Berliner Sittenpolizei entnommen sind, entgegenzutreten. Nun weiß er zwar einen offensibaren Irrthum in der Berechnung der Höhe der Zahl, wie sie bisher angegeben wurde, nach, und hat wohl Recht, die Zahl der bei der Polizei namentlich eingetragenen Prostitutionsverdächtigen um ein Bedeutendes herabzusetzen. Aber hier übersieht der Verfasser, wie auch die Sittenpolizei, in ihren Aufstellungen einen Punkt. Der Verfasser spricht es an einer Stelle selbst aus, wie es — natürlicherweise — keine anderen Laster gebe, welche sich so vor der Öffentlichkeit und mehr noch der Kontrolle verborgen und zu verbergen wissen, als die geschlechtlichen Laster. Weil aber die Polizei mit kaum etwelchen Ausnahmen nur die niedrigste Prostitution, die sich in den öffentlichen Lokalen und auf der Straße zeigt, und auch diese nur unvollkommen, in ihre Listen eintragen und kontrolliren kann, so glauben wir mit Recht behaupten zu können, wie dies auch mit vielerlei Beobachtungen übereinstimmt, daß das Uebel der Prostitution, besonders der nicht ausschließlich gewerbmäßigen, viel weitere Verbreitung hat, als der Verfasser annimmt. Er erkundigte sich darüber bei Leuten, die mit den Verhältnissen Berlins, insbesondere mit denen seiner weiblichen Arbeiterbevölkerung, vertraut sind. In einer Zeitung läßt sich darüber nicht gut Weiteres sagen.

Wir müssen uns versagen, einzelne, äußerst interessante Ergebnisse aus den statistischen Aufstellungen und Tabellen hier wiederzugeben, um noch einige andere Bemerkungen an die Schrift anzuknüpfen.

Der Verfasser bemüht sich, die Frage der Prostitution auf dem Boden der tatsächlichen Berliner Verhältnisse zu erschöpfen, und er bietet auch nach dieser Seite hin eine Fülle von Anregungen. Wir verweisen hierüber auf die Lektüre der Schrift selbst. Im 9. und letzten Abschnitt behandelt der Verfasser „die Aufgabe der Gesellschaft gegenüber der Prostitution“. Leider huldigt auch er hier dem Theorem von der Verschiedenheit des Wesens des „Staats“ und der „Gesellschaft“. Kaum hat man ein Recht, diese Idee ein Theorem zu nennen, da sie, genau gesehen, nichts weiter als ein Gemeinplatz ist, eine Behauptung, deren Beweis Alle, die sie je aufgestellt haben, vom großen Bastian an bis herunter zum kleinen Schulze-Delisch, schuldig geblieben sind, und deren allgemeine Verbreitung nur darin ihre Erklärung findet, daß sie eben ein Gemeinplatz ist, über den Niemand mehr diskutiren zu brauchen glaubt. Aller Wahrscheinlichkeit ist er aus der Zeit der schlimmsten fürstlichen Maitressenwirtschaft herzukommen, wo der Staat, der der Fürst war (l'état c'est moi), durchaus dem Volke, der „Gesellschaft“, feindlich gegenüberstand. Woher will man aber das Recht nehmen, aus einem gerechtfertigten Haß gegen eine Karrikatur des Staates, wenn das nicht noch zu wenig gesagt sein sollte,

die Idee des Staates überhaupt zu verwerfen, indem man sie aus dem gesellschaftlichen Leben hinauswirft?

Demgemäß sagt der Verfasser im 8. Abschnitt „Der Staat und die Prostitution“: „Der Staat kann keine Radikalmittel gegen die Prostitution anwenden, nur die Gesellschaft kann dies im Laufe der Zeit, wenn überhaupt möglich. Die Aufgabe der organisirten Gesamtkräfte geht gegenüber einem sozialen Defizit, welches nur von innen heraus gebessert werden kann, lediglich auf Palliative, denn nicht der Staat hat dies Uebel geschaffen oder verschuldet; nur selten vergrößert er es.“ Und weil er es nicht verschuldet, soll er nicht zur Abhilfe eintreten können? Aber aus den folgenden Sätzen wird uns klar werden, warum der Verfasser den Staat dafür nicht geeignet hält. Er fährt fort: „Das Verschwinden des selbstständigen Mittelstandes beruht auf einigen Bedingungen des modernen Industriefortschritts. Es ist eine Thatsache: mit der schroffer werdenden Scheidung von Reich und Arm vermehrt sich natürlich der absolute und der relative Prozentsatz von einander gegenüberstehenden wohlhabenden Solibitären (Zungesellen) und genußsüchtigen Proletarierinnen, der Prozentsatz derjenigen beiden Klassen, welche, wenn sie auch keineswegs ausschließlich zur Forterhaltung der Prostitution beitragen, dennoch diesem Uebelstande in seinem eigentlichen Begriffe Entstehung geben. Verwaltungsmaßnahmen und Gesetze, auch wenn sie noch so streng sind, werden jenen beiden Faktoren ihr Produkt, die Prostitution, umso weniger schmälern können, als dieses Vergehen den Grundfäden unserer Zeit nach bei dem Manne niemals versollt wird.“ Zugegeben, aber warum immer wieder dem Staate bloß eine negative Thätigkeit zuweisen, warum ihn immer, um das todterittene Wort noch einmal zu gebrauchen, zum Nachwächter degradiren? Glaubt der Verfasser wirklich, mit seinen Vorschlägen der freien Gesellschaftsthätigkeit, wie Errichtung von freien Beschäftigungsanstalten für Arbeiterinnen, Gesindeherbergen, Unterkunftsäuser, Frauenvereinen zur Ermahnung und Unterstützung, und seiner Forderung der Reform des Vormundschaftswesens, glaubt er mit diesen Mitteln, die er selbst nur Palliative nennt, auch nur „jener forcirten Vermehrung der Prostitution, wie er sich ausdrückt, erfolgreich entgegenwirken zu können, während er an die Ausrottung der Prostitution gar nicht zu denken wagt? Glaubt er, daß jene Mittel in Verbindung mit der von ihm empfohlenen schärferen staatlichen Kontrolle der Prostitution und ihrer Unterfüßer wirklich gegen jene mächtigen Ursachen der Entstehung und immer weiteren Ausbreitung der Prostitution werden auskommen können? Er, der, wie schon aus der oben angeführten Stelle und mehr noch aus dem 5. Abschnitt „Entstehungsgründe der Prostitution“, hervorgeht, diese Ursachen sehr wohl kennt, der, um nur Eins zu erwähnen, S. 16 eine Tabelle über das Verhältnis der in Berlin anständig bekannt gewordenen Fälle von Venerie zu den Lebensmittelpreisen bringt, aus der sich, obgleich sie sich nur über wenige Jahre erstreckt, ein wahrhaft naturwissenschaftliches Verhältnis im Steigen und Fallen beider Zahlen ergibt? Er, der also nicht leugnen kann, daß das „Steigen“ der Prostitution, dem er entgegenarbeiten will, durchaus im Zusammenhange steht mit der Entwicklung, die unsere sozialen Verhältnisse nehmen? Zwar sträubt er sich dagegen (S. 21, u.), „mit der Lage der arbeitenden Klassen unmittelbar die Prostitution in Verbindung zu setzen, indem er meint, daß dies immer erst durch ein ethisches Medium geschehe; „arm“ sei nicht „schlecht“. Indessen ist dies selbstverständlich, hebt aber die Grund- und Hauptursache der Prostitution, die in der größeren oder geringeren Noth liegt, nicht auf. Höchstens kann dies „ethische Medium“ auf die Geschwindigkeit der Wirkungen der letzteren Einfluß haben.

Alles in der vorliegenden Schrift drängt den Leser und den Verfasser selbst darauf hin, die Frage der Prostitution in Verbindung zu setzen mit der sozialen Frage im engeren Begriffe. Aber der Verfasser, scheint es, hat nicht den Muth, die Konsequenzen seiner eigenen Ausführungen zu ziehen, vielleicht ging ihm auch, da er sich nur mit der Frage der Prostitution wesentlich als Statistiker in einer Monographie über dieselbe beschäftigt, der weitere Blick ab, ihre Bedeutung nicht an sich, aber in ihrer Stellung zu den allgemeinen sozialen Verhältnissen zu erkennen. Um so werthvoller werden dadurch seine Zahlen und Ausführungen, da sie somit ohne jede Tendenz beigebracht, und werden um so lauter predigen. Wir sind in der That der Meinung, daß die Frage der Prostitution nur ein Theil der sozialen Frage ist, und in diesem Sinne halten wir uns auch für berechtigt, zu sagen, daß der Staat, „die organisirten Gesamtkräfte“ des Verfassers, mit der allgemeinen sozialen Frage auch diese spezielle lösen wird und muß. Nicht mit Gesetzen und Verwaltungsmaßnahmen, aber indem er, als Zusammenfassung aller zivilisatorischen Kräfte der Gesamtheit es zu Stande bringen wird, in sich mit der Umänderung der heutigen Produktionsweise (des Verfassers „einige Bedingungen des modernen Industriefortschritts, auf denen das Verschwinden des selbstständigen Mittelstandes beruht“, S. 28) auch die Abschaffung der Prostitution darzustellen. Wir müssen uns in Anbetracht des Raumes auf diese wenigen Bemerkungen beschränken. Wir verweisen im Uebrigen nochmals auf die Lektüre der durchaus lehrreichen Schrift. Sie ist als Separatabdruck aus „Berlin und seine Entwicklung. Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft u. Statistik. Herausgegeben vom Statistischen Bureau der Stadt Berlin. 4. Jahrgang“, im Verlage von J. Guttentag in Berlin erschienen. Berlin, 23. Januar.

### Die Sozialdemokratie und der Frieden.

Unter dem Titel „Die soziale Frage in Wien“ hat ein wohlhabender Wiener Bürger, eine Schrift herausgegeben, in der er sich, von seinem Thema ausholend, auch über die Arbeiterbewegungen im Allgemeinen und über die politischen Verhältnisse Oesterreichs ausdrückt. Die Richtung, in der er sich bewegt, ist um so bemerkenswerth, als der Verfasser durchaus nicht auf sozialistischem Standpunkt steht, in dem er den Wiener Arbeitern die Voraussetzung, die sie für ihre Bestrebungen geltend machen, nämlich die Unzulänglichkeit ihrer physischen (leiblichen) und geistigen Existenz, geradezu und vollständig bestrittet, ebenso auch unseren sozialen Forderungen feindselig gegenübertritt. Und trotzdem kann Herr Siegmund Mayer — so heißt der offen-

bar wohlmeinende, aber wie es scheint weder über die Lage der Arbeiter, noch über den Sozialismus genau unterrichtete Autor — nicht umhin, unseren Gesinnungen, soweit sie unmittelbar das politische Feld berühren und ihm deshalb nicht unbekannt bleiben konnten, das glänzendste Zeugniß auszustellen. Er sagt:

„Es bezeichnet den geistigen Reiz Deutschlands, daß ein Mann wie David Strauß, die offenbare Unwahrheit niederschreiben konnte, Deutschland wolle nur seiner Sicherheit wegen Elfaß und Lothringen nicht entbehren; als ob die Festungen Elfaß und Lothringens Frankreich geschützt hätten. Unter diesen betrübenden Erwägungen ist es eine einzige Klasse der Bevölkerung, die hüben und drüben, in Frankreich und Deutschland von Anfang an kein Verständniß gehabt für die Zwecke dieses Krieges; die in Frankreich bei Beginn desselben sich mit Abscheu abgewandt von den hohen und niedrigen Charakters und in Deutschland heute, wo der Krieg seinen Zweck längst erreicht hat, mit eben solchem Abscheu von den Hohenzollern abwendet und mit verbiessenen Ingrimm die Menschenschlächter derselben zusieht.“

Das ist in beiden Ländern die Arbeiterpartei. Zum zweiten Male kommt das Evangelium der Menschlichkeit, Menschenschätzung und Menschenachtung von den Niedrigen und Gemeinen, von den Armen an Gütern, den Armen an Bildung aber nicht am Geiste; zum zweiten Male sind sie es allein, die lebendige Zeugniß davon abgeben, daß wir nicht dazu da sind, uns zu zerfleischen, sondern uns gegenseitig zu ergänzen in dem, was dem Leben erst seinen Werth giebt; in humaner Gestirnung, Bildung des Geistes, und allem was zur Wohlfahrt des Menschengeschlechts nöthig und nützlich. Wie das Christenthum nicht bei der Bourgeoisie des Judenthums entstanden, sondern bei den Armen, bei den Fischern; wie die „Gute Vorkast“ um die Küsten des mittelländischen Meeres von dem schmutzigen Theile der Städtebewohner, den dort angeheulend, sich damals noch wie heute, in den Ghettos mit schmutzigem Hausfreskobild sich ernährenden Juden fortgepflanzt wurde, ist es heute der eigentlich heilige Theil des Volkes, bei dem der Fortschritt der Humanität, den wir nach der geistigen Blüthe der Literatur im vorigen und diesem Jahrhundert erwarten mußten, eine Zuflucht- und Rettungsstadt gefunden. Wenn wir es nicht zu der Idee des Weltbürgerthums bringen, so war Leibniz, Kant, Lessing, Herder, Fichte, Göthe, Schiller, Hegel, Humboldt, unsere ganze Literatur eine taube Blüthe. Welcher prinzipielle Unterschied liegt denn zwischen Windischgrätz, bei dem der Mensch erst beim Baron anfängt, und dem nationalen Fanatiker, bei dem der Mensch aufhört, wo der Franzose, der Czede, der Deutsche anfängt? Gar keiner.

„Mögen sie sich schämen, die Bourgeois in Deutschland, deren literarische und parlamentarische Vertreter, die seit wahnwitzigen nationalen Fanatiker Prag, den Niedrig, den Zeithammer (der nervös wird nach seinem Geständnisse, wenn er einen Deutschen sieht) vor den, die ihnen so unendlich nachsehen an Bildung, aber sie so sehr überragen an intuitiver Erkenntniß dessen, was wirklicher Fortschritt ist und was allenfalls Hohenzollern, ein Napoleon, ein Romanoff, sein kann für die Geschichte des Menschengeschlechts. Die Arbeiter sind die einzigen in Frankreich, Deutschland und Wien, bei denen der Mensch nicht aufhört wo die Grammatik anfängt. Statt einer Solidarität der Völker in Europa haben wir bis jetzt einzig und allein bei den Arbeitern aller Länder das Verständniß für eine Solidarität ihrer Interessen gefunden, die ihre verschiedenen Regierungen nicht zu trennen vermochten. Hätten wir die Bourgeois, aus deren Erziehung in der Jugend bei jedem einzelnen Kinde man mehr verwendet, als eine ganze Arbeiterfamilie zu ihrem Auskommen hat, das Verständniß für die Solidarität unserer Interessen gegenüber den gefährlichen Dynastien, vis à vis den schlechten Regierungen, so wären Kriege wie der heutige zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich.“

Die Idee des Weltbürgerthums, sie ist heute kein Abstraktum mehr, sie hat ihren Anfang genommen durch die Arbeiter-Partei.

„Die vor 2000 Jahren, sind die „Letzten wiederum die Ersten“, die das neue Evangelium aufnehmen, es hüben und verbreiten an allen Ecken und Enden der Welt. Der „Stein, den die Bauknechte verworfen haben, er ist wieder zum Eckstein geworden, für die Welt des reinen Menschenthums.“

„Schimpft sie dumme Kerle! — wahrlich ich sage Euch der Geist ist in ihnen lebendig. Kerlert sie ein! — Der Genius der Menschheit, er grüßt sie im Namen der heiligen Dreieinigkeit: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“

„Die wirklich vornehmen Geister deutscher Nation, sie stehen heute schon mit ihnen auf einem Boden, und es werden auch dann die berufenen Männer nicht fehlen, die mit der blanken Waffe des Westens, mit der Schneide des Gedankens den Kampf zwischen dem Racismus und der Idee des reinen Menschenthums in die entscheidenden Regionen hinüberpflanzen und ansiechten werden.“

### Aus Seines Vorwort zu „Deutschland, ein Wintermärchen.“

„Was ich voraussehe, das ist das Zeter jener Pharisäer der Nationalität, die jetzt mit den Antipathien der Regierungen Hand in Hand gehn, auch die volle Liebe und Hochachtung der Censur genießen und in der Tagespresse den Ton angeben können, wo es gilt jene Gegner zu beschreiben, die auch zugleich die Gegner ihrer allerhöchsten Herrschaften sind. Wir sind im Herzen gewappnet gegen das Mißfallen dieser heldenmüthigen Latzlein in schwarzrothgoldener Livree. Ich höre schon ihre Vierstimmen: Du lästest sogar unsre Farben, Verräther des Vaterlands, Freund der Franzosen, denen du den freien Rhein abtreten willst! Veruhigt euch! Ich werde eure Farben achten und ehren, wenn sie es verdienen, wenn sie nicht mehr eine müßige oder knochige Spielerei sind. Pflanz die schwarzrothgoldne Fahne auf die Höhe des deutschen Gedankens, macht sie zur Standard der freien Menschthums, und ich will mein bestes Herzblut für sie hingeben. Veruhigt euch, ich liebe das Vaterland eben so sehr wie ihr. Wegen dieser Liebe habe ich dreizehn Lebensjahre im Exil verlebt, und wegen eben dieser Liebe kehre ich wieder zurück ins Exil, vielleicht für immer, jedenfalls ohne zu flennen, oder eine schiefmüulige Duldergrimasse zu schneiden. Ich bin der Freund der Franzosen, wie ich der Freund aller Menschen bin, wenn sie vernünftig und gut sind, und weil ich selber nicht so dumm oder so schlecht bin, als daß ich wünschen sollte, daß meine Deutschen und die Franzosen, die beiden auserwählten Völker der Humanität, sich die Hälse brächen zum Besten von England und Rußland und zur Schadenfreude aller Junker und Pfaffen des Erdballs. Seid ruhig, ich werde den Rhein nimmermehr den Franzosen abtreten. Elfaß und Lothringen kann ich freilich dem deutschen Reich nicht so leicht einverleiben, wie ihr es thut; denn die Leute in jenen Landen hängen fest an Frankreich wegen der Rechte, die sie durch die französische Staatsumwälzung gewonnen, wegen seiner Gleichheitsgesetze und freien Institutionen. — Indessen, die Elfaßer und Lothringer werden sich wieder an Deutschland anschließen, wenn wir das vollenden, was die Franzosen begonnen haben, wenn wir die Dienstbarkeit bis in ihrem letzten Schlußwinkel, dem Himmel, zerstören, wenn wir den Gott, der auf Erden im Menschen wohnt, aus seiner Erniedrigung retten, wenn wir die Erbsen Gottes werden, wenn wir das arme glückentende Volk und den verhöhten Genius und die geschändete Schönheit wieder in ihre Würde einsetzen — ja, nicht bloß Elfaß und Lothringen, sondern ganz Frankreich wird uns alsdann zufallen, ganz Europa, die ganze Welt — die ganze Welt wird deutsch werden! Das ist mein Patriotismus.“

**Aus Glauchau**

geht und folgende Entgegnung zu:  
„Geachteter Herr Redakteur! Sie haben in Nr. 13 des „Volkstaats“ einen Artikel, die Lage der Weiber Glauchaus und Umgegend betreffend, veröffentlicht, welcher, jedenfalls aus Unkenntnis des Einsenders, theilweise in gehässiger und verlebender Form unsere sozialen Verhältnisse charakterisirt. Wir verfahren und ganz entschieden gegen die Auffassung des Einsenders und behalten uns vor, nachstens eine wahrheitsgetreue Schilderung unserer sozialen Lage zur Veröffentlichung an Sie gelangen zu lassen. Wir bebauern, daß Sie dem Einsender für sein faules Gemüth die Spalten unseres Organs geöffnet haben, da wir bis jetzt stets über die geistreiche Haltung aller Artikel des „Volkstaats“ nur erfreut gewesen sind.  
Der Volksverein zu Glauchau. G. Albert, Vors.“

**Augsburg, 8. Februar.** Aus der Volksversammlung vom vorigen Samstag, in der Franz einstimmig als Arbeiter-Kandidat für die hiesigen Reichstagswahlen aufgestellt wurde, wollen wir vorläufig nur einer moralischen Hinrichtung erwähnen, die an dem Polizei-Offizianten Tischler vollzogen wurde. Franz las unter großen Beifall der Anwesenden und in Gegenwart des Herrn T. die Beschwerdeschrift vor, welche er heute an die Distriktpolizeibehörde gegen das Gebahren dieses unferes Verwaltungs-Überwachers eingereicht hat. Nach Darlegung des Sachverhalts schließt die Beschwerde, wie folgt:  
„Dieser Vorgang involvirt ohne Zweifel einen Akt der taktlosesten Polizei-Willkür, wenn man nicht zur Entschuldigung des Hrn. Polizei-Offizianten annehmen will, daß derselbe gerade von der Ertüchtigung derjenigen Gesetzbestimmungen, welche ihm über allen Justiraktionen als Norm gelten müssen, keine Ahnung hat. Der Fall an sich spricht so klar für die Berechtigung dieser Ansicht, daß es kaum notwendig sein dürfte, den Thatsachen eine Belichtung beizufügen.  
„Sollte der Polizei-Offiziant Tischler wirklich nicht wissen, daß auch selbst in einer inkriminirten Druckschrift Stellen enthalten sein können, welche zu jeder weiteren Veröffentlichung im gesetzlichen Sinne vollständig zulässig sind? — und daß dem Verwaltungs-Überwacher kein Recht zusteht, Präventiv-Polizei zu üben? — Oder glaubt er, sich durch persönliche Verehrung gegen den Unterzeichneten verleiten lassen zu dürfen, einen Schritt zu thun, der einer Anzahl von Staatsangehörigen das gesetzlich garantierte Versammlungrecht entzieht und dabei überdies — trotz der sofortigen Respektirung seiner mißbrauchten Autorität — gesetzwidrig in der Freiheit des Hausrechts und Aufenthalts beeinträchtigt? Hat Herr Tischler noch niemals den Art. 9 des Vereins- und Versammlungsgesetzes der pflichtschuldigsten Beachtung gewürdigt, um zu erfahren, daß nur in dem Falle, wo „die Ordner oder Leiter“ einer Versammlung der (nach Art. 8 I. c.) gestellten Aufforderung zur Schließung der Versammlung nicht sofort nachkommen, die Auflösung zulässig ist?  
„Diese Fragen an die Adresse des Herrn Polizei-Offizianten direkt zu richten, ist nicht Sache des Unterfertigten, welcher hingegen an den Hohen Stadtmagistrat desto gewisser das Ersuchen richtet, es möge genannte Behörde darauf bestehen, daß an die Stelle der ohnedies genug realistischen Gesetze in der Ausführung nicht durch die untergeordneten Polizeiorgane ein noch schlimmerer Zustand als jener der Gesetzlosigkeit gesetzt wird, ein Zustand, welchen man den der „gesetzlichen Anarchie“ nennen könnte.  
„Unterzeichnete protestirt dagegen, daß den durch eidliche Aussagen und beschworener Bürger schon als unzuverlässig erwiesenen Berichten des Herrn Polizei-Offizianten Tischler oder den Berichten der abhängigen Untergebenen desselben allein geglaubt wird, und beansprucht auch für seine schriftlichen Darstellungen nicht den Stempel der Unfehlbarkeit. Im gegen dürfte eine gründliche Untersuchung dieser Sache um so mehr am Platze sein, als das Auftreten des Hrn. Polizei-Offizianten Tischler, in seiner amtlichen Eigenschaft als Versammlungs-Überwacher, in letzterer Zeit, insbesondere aber in letzter Volksversammlung, sehr geeignet war, den Glauben an die Unparteilichkeit und damit das Ansehen der Polizeibehörde zu erschüttern, wozu nicht wenig beiträgt, daß Hr. Tischler sich bei seinem Einschreiten stets eines Benehmens befleißigt, welches mit den konventionellen Anstandsregeln eines gebildeten Polizeibeamten sehr schlecht im Einklang steht.  
„Auf Grund dieser Ausführungen, für welche Unterzeichnete auf jede Art den Beweis der Wahrheit zu führen bereit ist, ersucht derselbe den Hohen Stadtmagistrat:  
a) gegen den Polizei-Offizianten Tischler, hinsichtlich seiner Thätigkeit als Versammlungs-Überwacher überhaupt und speziell in der Volksversammlung vom 30. Jan. ds. Jrs., zu Augsburg, eine genaue und strenge Disziplinar-Untersuchung einzuleiten, und b) eventuell demselben wegen wiederholter formeller und materielle Gesetzes-Verletzung eine angemessene Waise zu erteilen;  
c) dem Unterfertigten zur Straßenthung Abschrift des betreffenden Beschlusses zu stellen zu lassen.  
„Diese billigen Forderungen ist Unterzeichnete entschlossen, eventuell den ganzen Zustandsgang und durch die Presse in der öffentlichen Meinung zu verfolgen.“

**Schwerin, 10. Febr.** So wenige wir auch hier an Zahl sind, so stehen diese Wenigen doch treu auf ihrem Posten in der Vertretung unserer Sache, wie folgende Entgegnung in der hier erscheinenden „Mecklenb. Zeitung“ beweist:  
„Bei dem Ernst, welchen die bevorstehenden Reichstagswahlen zu beanspruchen haben, sollten die Herren Berichterstatter über Wahlversammlungen in ihren Reden sich vorzugsweise objektiv bewegen, und sich keine wohlfeile verlegende Späße über Parteiführer anderer Programme erlauben.  
„Zu einer solchen Rüge veranlaßt mich der Bericht über die Versammlung des Wahlvereins in Schwann in der gestrigen „Meckl. Zeitung“, wo in dem 3. Absatz, Zeile 4, gesagt ist:  
„Schweizerianer oder Lieb-Bebel-Knechtianer.“  
„In Mecklenburg kann man in der That schonender gegen die sozial-demokratische Partei auftreten, da sie wegen ihrer verschwindend kleinen Zahl keiner anderen Partei hinderlich ist und ihr bei Wahlen keine Konkurrenz macht, ihr hier in Mecklenburg auch nicht einmal ein Organ zu Gebote steht, worin sie ungerechtfertigte Angriffe zurückerwidern könnte. Noch mehr verdient es aber gerügt zu werden, wenn man sich gegen die unerschrockenen pflichtgetreuen sozial-demokratischen Führer, die Herren Bebel und Liebknecht, die sich gegenwärtig im Gefängnisse befinden, derartige verlegende Namensnennungen erlauben.  
„Es gehört schon allemal ein gewisser Muth dazu und verdient Anerkennung, wenn ein Sozial-Demokrat, wie hier ein Herr Buchenhausen, sich speziell von Rosdorf in eine so spezifisch national-liberale Versammlung vom reinsten Wasser, wie die von Schwann begibt, um hier den Wählern zu sagen, was der Sozial-Demokrat von seinen Vertretern im Interesse der wahren Volkstheuren, der Erleichterung von Steuern und Lasten und der besseren Erwerbsverhältnisse für die Arbeiter verlangt.  
„Der Herr Referent bedauert zwar, daß diese Grundzüge aus zahlreichen Reklamen eingekürzt hätten, indessen tröstet er sich damit, daß die Hälfte der Zustimmungen aus den Reklamen von Lehrlingen gekommen. Für uns ist dies in mehrfacher Hinsicht ein erfreuliches Zeichen: einmal, daß Herr Buchenhausen seine Sätze in einer populären Sprache vorgetragen hat, und das andere Mal, daß selbst schon die arbeitende und noch lernende Jugend sich für die sozial-demokratischen Lehren empfänglich zeigt, dadurch wird sie bei weiterer Fortbildung befähigt und auch gewilligt werden, demnächst als Wähler von einem Reichstagskandidaten mehr zu verlangen, als die einfache Versicherung: „er gehöre zu den liberalen Männern Mecklenburgs.“  
„Eine solche Versicherung verliert in den Augen des Volks mit jedem Tage immer mehr an Bedeutung, da dasselbe besonders der gegenwärtigen deutschen Verfassung und hauptsächlich dem eisernen Militarismus gegenüber energische und unerbittlich am freisinnigen Prinzip festhaltende Vertreter verlangt, die auch unter Umständen entschlossen sind, das Budget zu verweigern.“  
Schwerin, den 8. Februar 1871. G. A. Demmler.

**Leipzig, 12. Februar.** Im heutigen „L. Tageblatt“ finden wir folgende Umgehung:  
„Bei dem hohen, wir möchten lieber sagen unbedingten Vertrauen, das wir — und wohl nicht ohne triftigen Grund, wenn wir die Ereignisse seit dem Juli v. J. in Betracht ziehen — in die Führerschaft „der preussischen Regierung“, es sei auf dem politischen, es sei auf dem strategischen Gebiete, setzen, konnte uns kaum etwas peinlicher berühren,

als die dieser Regierung in öffentlicher Versammlung gemachten schweren Bismarcks, wie sie das Leipziger Tageblatt in Nr. 40, vom 9. h. als Referat über die am 7. h. in der Westendhalle abgehaltene Wählerversammlung wörtlich wie folgt brachte. — „Hr. Bebel diesen Brief (vom französischen Consul Lesbèze in Wien) empfang, stand er bereits in preussischen Zeitungen. Und da es schon oft vorgekommen, daß die preussische Regierung Briefe von und an politische Autoritäten aefälcht, so konnte Bebel an eine solche Fälschung, auch in diesem Falle glauben. Aber er erhielt den Brief wörtlich und war vollständig berechtigt, ihn mit Dank entgegen zu nehmen. Ich beneide Bebel um diesen Brief.“  
„So G. Girsch, der als Redner in jener Versammlung zuerst auftrat. Unsere Bitte nun an den Redner ist: er wolle entweder die oft vorgekommenen Fälle, wo „die preussische Regierung Briefe von und an politische Autoritäten gefälscht hat“, namhaft machen; oder aber erklären, daß er sich im Redebrief überreist und Ausdrücke von einer ganzen Regierung gebraucht hat, wie sie nicht einmal der einzelne Privatmann sich gefallen lassen kann, wenn er auf seine Ehre hält.“

**„Ein deutscher Bürger im Sinne vieler.“**  
Diesem „deutschen Bürger“, der einem deutschen Denunzianten so ähnlich sieht, wie Hans Blum dem Advokaten Hütners, habe ich einfach zu antworten, daß das Referat in Nr. 40 seines Ledborgans unrichtig ist. Von Zeitungen, von der Presse, speziell von der „Preffe der preussischen Regierung“ habe ich gesprochen, aber nicht von der preussischen Regierung selbst. — Das betr. Referat, dessen relativ hohen Grad von Objectivität ich übrigens gern anerkenne, enthält noch einige andere, minder erhebliche Ungenauigkeiten, von denen ich indess nur eine hervorhebe, die ich, wie die obige gern berichtigt sehen würde. Ich habe nicht gesagt, daß „nur“ Leute jetzt das hiesige Ehrenbürgerrecht erhalten, welche über die Abtretung deutscher Provinzen mit sich haben unterhandeln lassen, sondern es vielmehr lediglich befragt, daß auch solchen Leuten das Ehrenbürgerrecht erteilt wird. Das „Nur“ ist irrthümliche Dinzuthat.  
Die „Deutsche Allg. Ztg.“ stoppelt ihren Lesern aus den Berichten des „Tagebl.“ und der „Leipz. Nachrichten“ einen eigenen Bericht ohne Quellenangabe, also vorgeblich echt, zusammen, kann aber, ihren Gewohnheiten gemäß, eine kleine Fälschung nicht unterlassen. Sie läßt mich, statt „mit sich haben unterhandeln lassen“, sagen: „unterhandelt haben.“ Ein kleiner Unterschied! Der von mir gebrauchte Ausdruck enthält nicht die Beschuldigung des Landesverrats, wohl aber der von Hrn. Biedermann mit unter Schöbene. Bravo, Herr Biedermann. Und a bissl Patriotismus, und a bissl Kaiserthumerei, und a bissle Fälschung is alleweil dabei!

**Carl Girsch.**  
**Polizei- und Richterpiegel.**  
**Erfurt, 11. Februar.** Wie schon in Nr. 2 des „Volkstaats“ zu lesen war, wurde Unterzeichnete in Anklagezustand versetzt, und zwar wegen Majestätsbeleidigung. Der 9. Februar sollte der Tag der Vergeltung für beide, die größte und die kleinste, so tief beleidigten Majestäten sein. Nun betrachten wir zunächst die Anklage. Dieselbe besagt: Am 10. Dezember 1870 hat der Angeklagte in einer Volksversammlung die Reden von Bebel und Liebknecht, gehalten in der Reichstags-Sitzung vom 3. Dezbr., mit den inkriminirten Stellen, welche unten folgen, vorgelesen, und somit seine Majestät den König von Preußen beleidigt. Die inkriminirten Stellen lauten: 1) „Wenn in der neuesten Thronrede ausgesprochen wird, daß man auf das Lebhafteste bedauern müsse, nicht Frieden schließen zu können, weil eine legale Regierung in Frankreich überhaupt nicht voranden sei, welche sich auf die Interessen des Volkes stütze, welche mit den Interessen des Volkes verknüpft sei; nun, meine Herren, so ist das meines Erachtens ein sehr harter Irrthum, es ist meines Erachtens geradezu Unwahrheit.“ Dies sei die Aeußerung von Bebel, womit dem König Mangel an Ehrenhaftigkeit vorgeworfen sei. — 2) „Die Regierung, die im Juli den Krieg erklärt hatte, ist beseitigt, und ihr Führer sitzt auf Wilhelmshöhe und ist der Bruder des Königs von Preußen; er schwelgt im kaiserlichen Luxus, während die deutschen Krieger da draußen ihr Blut vergießen und die furchtbarsten Strapazen erdulden müssen im Kampfe gegen das französische Volk, welches unser Bruder-volk trotz alledem ist und welches den Frieden mit uns will. Es ist wahrlich ehrenhaftiger, der Bruder des französischen Volkes und der französischen Arbeiter zu sein, als der liebe Bruder des Schurken auf Wilhelmshöhe.“ — Dieser aus der Rede von Liebknecht entlehnte Passus enthalte ebenfalls eine starke Beleidigung gegen den König und könne unmöglich ungestraft bleiben.  
Nun, man höre und staune!

Der hohe Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängnis! Alle Vertheidigung war umsonst, die Verurteilung auf die Gesetzesparagrafen, welche die wahrheitsgetreuen Berichte des Reichstags von jeder Verantwortung frei machen, blieb resultatlos, allein die Aussage des Denunzianten und Belastungszeugen (Polizeikommissär Her) wurde hochgehalten, obgleich dieselbe das verwirrteste Zeug enthielt, denn erstens sollte ich den Vorsitz der Versammlung in Händen gehabt haben, welchen aber Hoffmann hatte, zweitens sollte ich die Reden von A bis Z vorgelesen haben, jedoch wollte er die inkriminirten Stellen nicht gehört haben, bei einer dritten Aussage aber hatte ich sie mit vorgelesen. — Nun vergleiche überhaupt diese auf den Dienstzeit genommene Zeugenaussage mit der Trennanstalt zu Halle.\*) Nach dieser mehr ergoßlichen als belastenden Aussage machte ich darauf aufmerksam, daß die Nr. 57 des „Volkstaats“ in einem Leitartikel enthält, was Liebknecht hier in seiner Rede gesagt hat und beide Blätter die Censur passirt haben, jedoch auch hiergegen legte der Staatsanwalt ein hundertmaliges Beto ein, bis er schließlich zum Strafantrag kam, welcher auf 4 Monate Gefängnis und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte lautete. — Der Gerichtshof zog sich zurück und man hörte anfangs einzelne Stimmen von innen sprechen, bis es zuletzt zu einem förmlichen Gebrüll anwuchs, woraus sich die 3 Monate glücklicher Weise herausgemunden hatten und bei mir schlingendes Obdach suchten. Ob sie wohl eins finden werden? — Nun, die Zeiten für Beleidigung der Könige sind in Deutschland einmüthig vorüber (?) und wie im Mittelalter ist die volle Majestät auf einen Kaiser übergegangen. Wer weiß, wir werden vielleicht noch in die Zeiten der heiligen Behme versetzt und wir haben dann nur noch diese zu beleidigen.  
Lieb Vaterland muß ruhig sein,  
Sonnst steckst dich ein der Falkenstein.  
Mit sozialdemokratischem Gruß Heinrich Imhof.

**Urtheil eines Ministers über das Börsenspiel.**  
Wenn Dr. Schäffle, der neue österreichische Handelsminister, in seinen praktischen Werken die Theorie zur praktischen Ausführung bringt, die er in seinen Büchern entwickelt hat, dann ist es, wie das Wiener „Tagblatt“ mit Recht hervorhebt, mit den goldenen Zeiten der Börse und der Börsenbarone vorbei. Glücklich diejenigen, die bereits ihre „eiserne Krone im Knopfloch tragen, denn solange Herr Schäffle Handelsminister ist, kann er, ohne in den stärksten Widerspruch mit seinen Schriften zu gerathen, keinen Günstling der Börsenfortuna zur „Deforvirung“ in Vorschlag bringen. In seinem jüngsten Buche: „Kapitalismus und Sozialismus mit besonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen“, sagt er wörtlich Folgendes:  
„Seitdem ich die Zustände der großen Börsenwelt in unmittelbarer Nähe beobachtet habe, bin ich von der Annahme der „ökonomischen Harmonie“ in der gegenwärtigen Gesellschaft noch eine ziemliche Strecke weiter zurückgedrängt worden, als ich mit zunehmender Lebenserfahrung davon bereits zurückgekommen war. Ein Diebstahl ins Große wird heute in Europa getrieben, woneben das Raubritterthum und die theokratische Auszuchtung von ephemer edle Retiers

waren, — und er führt zu Ehren, statt ins Zucht-haus.“  
In einem andern Abschnitte desselben Buches bespricht Dr. Schäffle die „Gründungsbanken“ und verurtheilt den jüngsten Gründungsschwindel in Oesterreich, bei welchem „Namen des Adels und der Bourgeoisie sich gleichmäßig prostituirt haben.“ Er gelangt zu dem Schlusse, daß „die Aktien-Gründungsbanken, ein Hauptherd der Agiotage, des unredlichen Erwerbes und der Corruption, bei fördernder Volkswirtschaft nicht gedeihen werden.“  
Da ist es freilich nicht zu verwundern, wenn die österreichische Bourgeoisie und ihre Presse großes Mißvergnügen über die neuen Ministerernennungen an den Tag legen. Am Aergertlichsten ist ihnen, daß das Ministerium nicht aus den parlamentarischen „Größen“ zusammengesetzt wurde, deren Legitimität und ausschließliche Berechtigung auf Ministerstühle natürlich unfehlbar ist, und die sich alle als geprellt betrachten. Der Mißmuth der Presse erklärt sich aus einer Korrespondenz der Augsburger Allgem. Zeitung, derzufolge das neue Ministerium beschlossen habe, keine Zeitungen durch Subvention in ihre Dienste zu nehmen.  
**An die Parteigenossen!**  
**Für den Volksstaat sind ferner eingegangen:**  
2 Zhr. gef. d. Kolbe. 2 Zhr. gef. v. Hasterber, Mehlhorn und Scherzer bei der Abendunterhaltung des Arz. Ver. Jaquard d. Hermann Meerane. Arbeiter-Ver. Böhmig d. Fischer 1 Zhr. L. M. Kröber Meerane 1 Zhr. Arb.-Ver. Jaquard Meerane 2 Zhr.  
**Für die Familien der Inhaftirten.**  
1 Zhr. 16 Rgr. 5 Pf. gef. d. Gerhardt. 28 Rgr. 5 Pf. gef. bei der Abendunterhaltung d. Arb.-Ver. Jaquard. 6 Rgr. 5 Pf. gef. d. Kolbe. W. F. 20 Rgr. auf. 3 Zhr. 11 Rgr. 5 Pf. d. Hermann Meerane. Von Mitgliefern des Fortbildungs- und Unterstützungsvereins für Buchdrucker und Schriftsetzer zu Leipzig 1 Zhr. 15 Rgr. L. M. Kröber. Meerane 1 Zhr.  
**Briefkasten.**  
London: Die Erklärung kann hier aus pressgesetzlichen Gründen nicht gedruckt werden. — R: Pr. wasschreiber Leonhardt v. Bonhoff aus Wiesbaden, derzeit inhaftirt in Braunschweig.  
**Beträge für Abonnement**  
haben eingekauft im Januar: Berlin, P. Mainz, Weiden, Prag, Berlin, Rünchen, Hannover, H. Mainz, Weimar, Meerane, Augsburg. Im Februar: Pest und Mainz.  
**Für die „Volkstaats“-Anleihe**  
sind eingegangen: (2. Quittung.)  
Meerane: 6 Zhr. Lindenwalde: 9 Zhr.  
**Für Leipzig.**  
**Sozialdemokratischer Arbeiterverein.**  
Donnerstag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Wern, Restauration zum „Johannapark“, Hospitalstraße.  
Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht (Ref. Trost) — Die Reichstagswahlen.  
Gäste sind willkommen.  
**Ungarn.**  
**Der Allgemeine Arbeiterverein in Pest hat seine eigenen Vereinslokaltäten in der**  
= Mariengasse (Josephstadt) Nr. 9 =  
wohin alle Briefe, Zuschriften, Sendungen u. s. w. zu richten sind.  
Der Sekretär: Ludwig Szoboda.  
Parteigenossen, oder etwaige Lesere des „Volkstaats“ in den zu dem Wahlkreis Erfurt gehörigen Kreisen Schleusen und Biegenfeld werden aufgefordert, scheinunglos Adressen an den Unterzeichneten gelangen zu lassen, damit zur Regelung der Reichstagswahl das Nöthige gethan werden kann.  
Kramerstraße 31.  
Das Wahl-Komitee des 13. sächs. Wahlbezirks, welcher letztere aus einer Anzahl kleinerer Ortsteile zusammengesetzt ist, hat der Kosten-Ersparnis halber ein Plakat mit nachstehender Versammlungs-Anzeige in harter Auflage drucken lassen:  
**„Deutscher Reichstag. — Volksversammlung.“**  
(Tag) . . . den . . . (Datum) . . . (Gasthaus od. dgl.)  
(Stunde).  
„Die Wähler unseres Ortes werden hierdurch dringend angefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es ist eins der wichtigsten Staats-Bürgerrechte, welches auszuüben wir vorhaben, und daher dringend notwendig, daß wir uns über den Mann verständigen, der im Stande und würdig ist, unsern Wahlkreis im Reichstag zu vertreten. Möge kein Stimmberechtigter fehlen!  
Das Wahlkomitee.“  
Dieses Plakat, in größtem Affichen-Format, auf verschiedenfarbiges Papier gedruckt, dürfte auch in anderen Wahlkreisen, die ähnlich dem unseren zusammengesetzt sind, Verwendung finden können, und wird wir gern erbösig, Exemplare hiervon gegen Einsendung des Betrages abzugeben, vorausgesetzt, daß die Bestellungen bis spätestens Sonntag, den 18. Febr. bei Unterzeichneten eingehen. Die Kosten würden sich bei 100 Expl. auf 1 Zhr., bei 75 Expl. auf 24 Gr., bei 50 Expl. auf 18 Gr. und 25 Expl. auf 15 Gr. belaufen.  
Leipzig, den 12. Febr. 1871.  
**Oskar Stelzer,**  
Anger bei Leipzig, Nr. 6.  
Vorsitzender des Wahl-Komitees des 13. sächs. Wahlkreises.  
Durch denselben sind auch große Plakate zu beziehen, welche zur Wahl Johann Jacoby's anfordern und für 111 Wahlkreise, in welchen derselbe aufgestellt ist, sich eignen. Preis (nur gegen Nachnahme) für 100 Expl. 1 Zhr., für 50 Expl. 17½ Gr., für 25 Expl. 10 Gr.  
**Oskar Stelzer,**  
Anger bei Leipzig, Nr. 6.  
**Photographien**  
von Vassalle, Liebknecht und Bebel zu 1½, 5 u. 10 Rgr., im Dyd. 16 Rgr., 1 Zhr. 24 Rgr. u. 3 Zhr. 6 Rgr. sind zu beziehen durch  
G. Knieling, Dresden, Christianstr. 16, IV.  
Durch die Expedition des „Volkstaats“, Petersstraße 18 ist gegen Einsendung des Betrags zu beziehen:  
**Unsere Ziele.** Von A. Bebel. Eine Streitschrift gegen die „demokratische Korrespondenz“, 2½ Bogen. Ein Exemplar kostet 2 Gr. = 7 fr. in Partien bezogen 1½ Gr. 5½ fr.  
**Antrag und Reden**  
ber  
**Reichstagsabgeordneten Bebel und Liebknecht,**  
gehalten über die 100-Millionen-Anleihe im norddeutschen Reichstag.  
Preis: pro Exemplar 1 Rgr., partienweise (mindestens 12 Expl.)  
**Unsere Vertreter im „Reichstag“.**  
(Liebknecht's und Bebel's Reden über die neue „Reichsverschöpfung“, und Bebel's Rede über die Wahrung der Sozialdemokraten). — Preis: à Stück 5 Bfge., in Partien billiger. — Der Reinertrag ist zum Besten des Wahlfonds bestimmt.  
**Der Staat und das Genossenschaftswesen,** von G. Girsch.  
**National-ökonomischer Vortrag,** von Dieggen.

\*) Dieser Commissär litt seiner Zeit am Delirium, kam deshalb nach Halle und ist jetzt hier Polizeikommissär.

Leipzig: Berantw. Redaction in Vertretung: Carl Girsch (Redaction Emilienstr. 2.) Druck u. Verlag: F. Schiele (Expedition: Petzsch. 18.)